

## Antrag der FDP-Fraktion

### Vorbereitung der Stadt Dreieich auf länger andauernde Stromausfälle (Blackout-Vorsorge)

#### Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein **kommunales Blackout-Vorsorge- und Resilienzkonzept** für die Stadt Dreieich zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.
2. Das Konzept soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:
  - **Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit** von Verwaltung, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Betriebshöfen, den Stadtwerken Dreieich und dem DLB bei einem Stromausfall.
  - Gewährleistung der **Handlungsfähigkeit** von Verwaltung und Krisenstab sowie Planung einer Ausweichlokation.
  - **Identifikation und Priorisierung kritischer Infrastrukturen** im Stadtgebiet.
  - **Empfehlung präventive Schutzmaßnahmen** (Brandmelder, Alarmanlagen, physische Zugangsbegrenzung).
  - Sicherstellung der **Notstromfähigkeit** ausgewählter kritischer Infrastruktur
  - **Sicherstellung der Kommunikation** (insbesondere Mobilfunk und Krisenkommunikation).
  - **Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen.**
  - **Präventive Bürgerinformation** vor einer Krisensituation.
  - **Notfallkommunikation** während einer Krisensituation.Dabei sind Kosten abzuschätzen und auch die Verfügbarkeit von **Fördermitteln** zu prüfen.
3. Aus dem **Sondervermögen des Bundes** sind für Dreieich nach aktueller Information 10,6 Mio Euro vorgesehen<sup>1</sup>. Das Geld kommt über das Land Hessen in die Kommune und kann unbürokratisch und weitgehend frei genutzt werden.<sup>2</sup> Das Geld ist für Investitionen in resiliente Infrastruktur vorgesehen<sup>3</sup>. Genau hierfür soll dieses Geld **reserviert** werden. Sobald der dringendste Bedarf gedeckt ist, kann ein evtl. Rest selbstverständlich für andere Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden.
4. Angesichts der Dringlichkeit besitzt der Antrag eine **hohe Priorität**. Das Gesamtkonzept oder zumindest erste Teilergebnisse sollen spätestens vor der Haushaltsberatung 2027 in den Ausschüssen beraten werden können.

---

<sup>1</sup> Pressemitteilung Land Hessen Nr. 181-8 vom 19.12.2025

<sup>2</sup> „Die Kommunen können das Geld unbürokratisch und weitestgehend frei nutzen“ – Zitat aus dem hessischen Finanzministerium. Zitiert in Beitrag „Bis auf den Euro genau“, Quelle: Offenbach Post vom 20.12.2025, S. 30.

<sup>3</sup> „Die Länder können jetzt mit den Mitteln des Sondervermögens auch in die Resilienz der Infrastruktur investieren. Das ist notwendig“ so Lars Klingbeil (SPD). Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11.01.2026, Seite 17. Wir teilen die Meinung und sind der Auffassung, dass dies auch für Kommunen gilt.

5. Wie sich in vielen Diskussionen der letzten Jahre gezeigt hat, ist in der Stadtverordnetenversammlung interdisziplinäre **Expertise** aus unterschiedlichsten Berufsfeldern sowie viel Ortskenntnis und Lebenserfahrung verfügbar. Diese Expertise muß genutzt werden.

Dafür ist ein **Resilienzteam** zu etablieren. Diesem Resilienzteam soll der aktuelle Stand des angeforderten Konzepts regelmäßig vorgestellt werden. Jede Fraktion soll 1 bis 2 Personen für dieses Team benennen können. Das Resilienzteam soll sich ca. alle 2 Monate zur Beratung treffen. Das Resilienzteam hat ausschließlich Beratungsfunktion. Entscheidungen treffen Ausschüsse bzw. die Stadtverordnetenversammlung. Für den Fall, dass Einsicht in vertrauliche Informationen notwendig wird, sind Vertraulichkeitserklärungen vorzusehen.

## Begründung

Der Stromausfall im Januar 2026 in Teilen Berlins hat eindrücklich gezeigt, wie verwundbar moderne Gesellschaften gegenüber länger andauernden Stromausfällen sind. Neben gezielten Angriffen auf kritische Infrastruktur nehmen auch Risiken durch extreme Wetterlagen, technische Defekte oder menschliches Versagen zu. Gleichzeitig verändern schwankende Einspeisungen aus erneuerbaren Energien die Anforderungen an die Stabilität des Stromnetzes erheblich.

Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie und aus jüngsten Stromausfällen machen deutlich: Belastbare Notfallkonzepte, klare Zuständigkeiten und technisch abgesicherte Abläufe sind keine Selbstverständlichkeit.

Resilienz ist kein Luxus, sondern Teil kommunaler Daseinsvorsorge. Auch Dreieich muss sich realistisch, verantwortungsvoll und ohne Panikmache auf kritische Szenarien vorbereiten.

Verwaltung, Einsatzkräfte, Kommunikationssysteme, Wasserversorgung und medizinische Einrichtungen sind in hohem Maße von einer stabilen Stromversorgung abhängig. Gleichzeitig zeigt die Realität, dass externe Hilfsressourcen bei großflächigen Krisen nicht unbegrenzt verfügbar sind.

Ziel dieses Antrags ist es daher nicht, sofort alle denkbaren Maßnahmen festzulegen, sondern zunächst eine **strukturierte, realistische und priorisierte Gesamtbetrachtung** vorzunehmen. Ein kommunales Blackout-Vorsorgekonzept schafft Transparenz, klärt Zuständigkeiten und ermöglicht es, Maßnahmen schrittweise und verantwortungsvoll umzusetzen.

Die vorgeschlagene Finanzierungsoption „Nutzung des Sondervermögens“ stellt sicher:

- Notwendige Vorsorgemaßnahmen und Investitionen können haushalterisch tragfähig umgesetzt werden.
- Das Sondervermögen wird gezielt für die Stärkung der Resilienz eingesetzt und versickert nicht im allgemeinen Haushalt.